

Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zufellung 2.00 Mark, vierteljährlich
5.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im emtl. Zeitungser-
scheinung unter Coale-Zeitung ein-
getragen. Für unregelmäßig einge-
kommene Manuscripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Coale-Abt. Nr. 1153,
Postfach-Coale Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen
werden 6. Spalten, 34 cm br. Millimeter
oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in anderen An-
nahmestellen u. allen Anzeiger-
büros angenommen. Bekannt-
gaben 92 cm br. Millimeter 60 Pf.
Anzeigen-Ausschluss vorm.
11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erklärungen: Halle, Kreisamt
1891. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Str. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Markt 25 und Große Mühlstr. 52.

Nr. 350.

Halle, Dienstag, den 29. Juli.

1919.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 29. Juli. 69. Sitzung. Im Regierungs-
schiff, Bauer, Dr. David Müller, Naumann, Hofe, Erzberger.
Präsident Scheubach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr
20 Minuten.
Vg. König (Soz.) bespricht sich in einer Anfrage über
die Beschaffung der Höchstpreise für Milch und Butter
durch den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz West-
falen.

Der Vertreter des Reichs-Erziehungsministeriums von
Eugen Lüttichau sagt aus: Die Preise, die die Landwirte bis-
her für ihren Acker Ertragsleistungen erhalten, decken schon lange
nicht mehr annähernd die Selbstkosten, so daß die Milchwirt-
schaft nur noch mit erheblichen Verlusten aufrechterhalten
werden konnte. Die Genehmigung zu einer Erhöhung des
Milchpreises innerhalb gewisser Höchstgrenzen erübrigt deshalb
gelassen werden, um namentlich die Belieferung der Groß-
städte für Kinder nicht in Frage zu stellen. Auch in der
jetzigen günstigen Jahreszeit sind die Erzeugungskosten für
Milch so hoch, daß sie auch durch die erhöhten Preise kaum
gedeckt werden. Sollen sich eine weitere Preis-
erhöhung im Herbst bemerkbar machen, so wird die
zu einer Anfrage des Vg. Mittelmann (D. Vpt.) über
das aufreißende Verhalten französischer Soldaten in Berlin,
die u. a. laut gerufen haben sollen:

„Wir sind Sieger, Ihr seid Schmeißer!“
erklärt Geheimrat Freyler u. Weller im Auftrage der Re-
gierung, daß die umfangreichen Erhebungen noch nicht ab-
geschlossen seien. (Zurufe rechts: Unerbittlich!)

Danach wird die politische Aussprache über die
Nanwittschütz, den Landarbeiterstreik und den Gesandtschafts-
wettbewerb über die

Errichtung eines Staatsgerichtshofes

fortgesetzt.
Vg. Hentze (U. S.) für die breiten Volksmassen sind
die Enthaltungen dieser Tage von großer Bedeutung. Erz-
berger hat sich zu spät vom Kriege zurückgezogen und vorher
die gravierendsten Kriegsmittel empfohlen. Daran zu er-
innern, ist Pflicht und man muß mit ihm sehr, sehr vorsichtig
verfahren. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Demnach

können die Wehrleistungsleistungen von ihm lernen,
wie gut umzulernen ist. Eitel Spiegelfechtelerei ist es, wenn
Erzberger sagt, er habe die Verhandlungen des Nuntius Pa-
cellis als ergrüt besprochen, das tut Haase. Nur vier Unab-
hängigen waren stets für die vollkommene Freiheit Belgiens.
Wenn die Regierung uns vorredet, ihr ganzes
Einkommen und Kraft die Durchführung der
Sozialisierung gerichtet, so ist das

eine bewußte Verfälschung der Arbeiterschaft.
Die Wehrleistungsleistungen und Schutzpflichtige schreit
zum Himmel. Ich kann Herrn Hentze sagen, ein Wis-
senschaftler ist nicht mit der Sozialdemokratie fertig geworden,
er wird auch nicht mit ihr fertig werden, und dabei ist
er gar nicht einmal ein Wissenschaftler, nicht einmal seine
Erfahrung würden ihm passen. (Sehr richtig.) Wenn die
ganze Revolution nicht eine elende Komödie sein soll,
dann sorgen Sie dafür, daß aus dieser Republik
eine wirkliche Republik wird. (Beifall bei den U. S.)

Vizepräsident Scheubach ruft den Vg. Hentze wegen des
gegen den Reichswehrminister gerichteten Vorwurfs der Ge-
meinheit und niedrigen Gestaltung nachträglich zur Ordnung.
Vg. Dr. Weller (D. Vpt.): Wo ist die Regierung? Die
Regierungsbank ist völlig leer. Sie sollte, daß sie zu
einer Sitzung zusammengetreten ist. Sie sollte aber nicht
katholisch, wenn das Regierungsprogramm hier besprochen
wird. (Zustimmung rechts.) Vor dem neuen Außenminister
habe ich wegen seines Willens und seiner Sachkenntnis Achtung.
Er ist ein Mann von Kompetenz und Vertrauen, und das wird
ihm in seinem Amte auch dem Ausland gegenüber nützen.
Wenn Sie den Staatsgerichtshof mit in die Debatte gezogen
haben, so ist das nicht nur aus dem Streben nach Wahrheit
zu erklären, sondern auch aus der Pflicht, einen Anschluß
gegen bestimmte Personen zu führen. Weller als der Staats-
gerichtshof ist der von uns beantragte Aufstellungsausschuss.

Wir erklären uns auch gegen die Verdrängung der Vg.
Erzbergers. (Zuruf des Vg. Weller: Unter Antrag ist dahin
geändert worden, daß das Material aus allen Ministerreden
verarbeitet werden soll.) Augenblicklich ist man noch nicht in der
Lage, die Möglichkeit aller Behauptungen Erzbergers nachzu-
prüfen. Unbestritten ist es bis bereits in bestimmten
Punkten als nicht richtig herausgestellt. Wenn der Minister Erz-
berger schon am 12. April 1917 die fürstbaren Dinge gemutet
hat, und wenn es wirklich keine Überzeugung war, daß das Volk
bei ihrem Bekanntwerden den Frieden erwünschten haben würde,
weshalb hat der Minister Erzberger nicht rechtzeitig abgedroht,
(Schäuder Beifall rechts.) Einmüde mußte er es abgeben,
solche Dinge zu hören, oder seiner Pflicht als Volkstretter ge-
nügen und dafür sorgen, daß dem Volke die Wahrheit unter
seinen Umständen vorzuenthalten bleibt.

Der Regierung das Vertrauen ausge- sprochen.

WTB. Berlin, 29. Juli. (Drahtnachricht.) In der
heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung wurde
in namentlicher Abstimmung das Mißtrauensvotum gegen
die Regierung mit 243 gegen 53 Stimmen abgelehnt, das
Vertrauensvotum in nicht namentlicher Abstimmung mit
großer Mehrheit angenommen.

Schiedspruch im Siemensstreik.

BT. Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtnachricht.)
In später Nachtstunde hat heute das Schiedsgericht in

der Metallindustrie die Entscheidung über die Streik-
seiten zwischen der Leitung der Siemens-Schuckertwerke
und ihren Arbeitern getroffen. Der Schiedspruch hat
folgenden Wortlaut: Der Schlichtungsausschuss ist der
Auffassung, daß der Betriebsleitung das Recht gewährt
werden muß, Bekanntmachungen, wie sie im Interesse
des Betriebes zu machen sind, am Schwarzen Brett an-
zuschlagen, und daß kein Arbeiter oder Angestellter be-
rechtigt sein soll, Anschläge eigenmächtig zu entfernen.
Diese Bekanntmachungen sind jedoch, soweit sie Arbeiter-
fragen betreffen, vorher dem Arbeiterausschuss bzw.
dem Betriebsrat vorzulegen. Folgende Hauptpunkte
wurden festgelegt: 1. die wegen passiver Resistenz ent-
lassenen Arbeiter werden wieder eingestellt; 2. die wegen
dieser Entlassung Streikenden nehmen die Arbeit wieder
auf; 3. die wegen Abtreibens der Anschläge Entlassenen
werden nach Verlauf von drei Arbeitstagen nach Wie-
deraufnahme der Arbeit durch die Streikenden wieder
eingestellt. Den Parteien wird aufgegeben, sich über
die Angaben des Schiedspruches bis Mittwoch, den
30. Juli 1919, vormittags 10 Uhr im Schlichtungs-
ausschuss zu erklären.

Eisenbahnunfall.

BT. Berlin, 29. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Heute
ereignete sich auf der Strecke Potsdamer Ringbahnhof-Vord-
straße ein schwerer Unfall. Eine Kolonne von Streckenarbei-
tern war mit der Ausbesserung der Schienen beschäftigt.
Gegen 9 Uhr vormittags fuhr ein elektrischer Zug von Nöcker-
felde nach dem Potsdamer Ringbahnhof, und infolge Kurz-
schluß entstand eine Stichflamme, vor der die Kolonne sich
zu retten suchte, indem sie auf das Nebengleis, auf dem die
Ringbahnzüge Wilmerdorf-Tempelhof fahren, hinüber-
sprang. In demselben Augenblick fuhr ein Lokomotivzug
heran. Vier Arbeiter wurden von der Lokomotive des Ring-
bahnzuges erfasst. Einem Manne wurde der rechte Fuß ab-
gerissen, während die anderen drei schwere innere Ver-
letzungen erlitten. Die Leute wurden eine ganze Strecke von
der Lokomotive mitgeschleift, ehe durch Zuruf der Lokomotiv-
führer davon verhindert wurde und der Zug anhielt.

Deutsch-Österreich und der Völkerverbund.

WTB. St. Germain, 28. Juli. Nach einer Fort-
schritt-Meldung richtete Staatskanzler Kienner an den
Präsidenten Cich ein Schreiben, in dem er u. a. aus-
sagt:

Eine Mauer von Vorurteilen und Fehlschlüssen ist gegen
unser Volk im Ausland gerichtet. Man kennt dort
nicht die staatsrechtlichen Verhältnisse, unter denen es
zu leben gezwungen war und abnt nicht den Grad
seiner Einflüßlosigkeit auf die Geschicke des Reiches.
Wohl dümmert einigen Völkern schon die Meinung, daß
uns furchtbar durch Verträge gebunden, die sie selbst im
Drange der Krisenjahre eingestrichelt gelassen haben
und welche sie jetzt schwer wieder lösen können. Man
muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser
Friedensvertrag noch kein Instrument des Scheiterns,
sondern eine Schöpfung des Krieges sein wird, der
bekanntlich immer mehr Recht schafft als er tilgt.
Deshalb allein wird unser Volk noch nicht verzweifeln,
so lange es die Berufung an eine höhere Instanz offen
sieht. Diese höhere Instanz kann der Völkerverbund
werden, wenn er sich tatsächlich zu einer friedlichen Ver-
einbarung aller abendländischen Kulturvölker auf der
Grundlage der Freiheit und Gleichheit weiter entwickelt.
Deutsch-Österreich kann in der Lage, in der es sich be-
findet, kaum leben. Es wird nicht Großmacht, noch
auch noch Nachbarschaftspolitik machen, sondern aus-
schließlich Völkerverbundspolitik. Es braucht Ruhe und
wünscht in keine der Affären verwickelt zu werden, am
allermeinsten aber eingezogen zu werden in einen
weiteren Balkan, zu dem sich der europäische Südost zu
entwickeln droht.

85 Milliarden als erste Zahlung?

Eine Neudeutsche meldet aus Paris:
Die Alliierten haben die ersten finanziellen Anfor-
derungen an Deutschland für den Jahresabschnitt 1919/20 auf
85 Milliarden Mark festgelegt.

Befiehlt Amerika auf Änderungen im Frie- densvertrag?

Nach einer Meldung der „News Evening Sun“ ist auch
Taft für Abänderung des Friedensver-
trages.

Das ist eine sehr unangenehme Ueberraschung
für Paris gewesen, wo man damit gerechnet hatte, daß
Taft Wilson bedingungslos bei der Annahme des Friedens-
vertrages unterstützen würde. Jetzt muß man es daher auch
in Paris für ungewiß anerkennen, daß der Senat sich für
eine Abänderung entscheiden will. In diesem Falle werden
England und Frankreich sich fügen müssen und versuchen, die
Angelegenheit in Einklang zu regeln.

Nach dem Parteitage.

Fragen der jüngeren Politik.

Von

Dr. Walter Schreiber (Halle).

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Um es gleich zu sagen: der Parteitag hat eine Ent-
scheidung gebracht. Nicht für diejenigen freilich, die in einer
Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Völkerverbund mit
den Grundfragen der Demokratie das Fest und die Rettung
aus unserem Zusammenbruch sehen, wohl aber für alle die
Beiseitegestellten, die sich nach den jüngeren Tagen aufdrängen,
in denen sie und ihre Vorgesetzten allein unter Volk nach
Willkür regierten bis zu dem Trümmerhaufen, vor dem wir
jetzt stehen. Sie alle leben der angenehmen Hoffnung, daß
die erste allgemeine Aussprache der deutschen Demokraten
Gegenstände und Meinungsverhältnisse ergeben würde
die ein Zusammenarbeiten in einer großen Partei nicht mehr
ermöglichen würden. Man war es ja aus der Geschichte des
deutschen Liberalismus gewohnt, zahlreiche selbständige politi-
sche Meinungen vertreten zu lassen, ohne die notwendige
Geschlossenheit des einheitlichen Massenwillens. Es lag des-
halb so nahe, auch der Deutschen demokratischen Partei einen
Bersall ineinander bekämpfende und zur Freude der Gegner
zerstörerische Eingekerkerten ortaus zu sagen. Der Parteitag
hat all diese Spekulationen juristisch gemacht.

Mit erfrischlicher Einmütigkeit haben sich die zahlreichsten
Vertreter der Partei aus allen Gauen Deutschlands zu den
großen Fragen bekant, die unter politisches Leben in der
Zukunft beherrschend werden. Weit überströmender Sinnlich-
keit haben sich alle, die jenseits der sozialistischen Klassen-
kämpfer aufrichtig liberal und freiheitlich empfinden, auf
dem Boden der Demokratie zusammengefunden in dem ent-
schlossenen Willen, der Veröhnung der Klassen und
der Wiederaufrichtung unseres Volkes zu dienen.

Das Kennzeichnende dieses Parteitages war die Klar-
verantwortungsbeugte Bekantung der Völkerverbund jeder
Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Nicht im gleichen Maß
aller im Gesteine allein, sondern ebenso sehr in der gleichen
und gemeinsamen Pflicht gegenüber dem
Staate ist das Wesen der Demokratie be-
gründet. Dem Völkerverbund vom Manchestertum zum
Kriegs- und Revolutionsgewinnern, die zum Erstarren wirt-
schaftlichen und politischen Völkerverbunds die Not der Zeit miß-
brauchen, folgte das freudige Bekenntnis zur sozialen
Ausgestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens,
zu einer Höherentwicklung des gesamten Volkes als der
Hauptaufgabe der deutschen Demokratie.

Die Aussprache über den Friedensvertrag ergab
die Zustimmung des Parteitages auf der Haltung der Natio-
nalsammungsausschuss. Aber am 12. Mai mit vollem Be-
wußtsein das Unannehmbar gesprochen hatte, konnte wenige
Wochen später den Frieden nicht unterzeichnen. Die
deutschen Demokraten waren es gewesen,
die das Kabinett Scheidemann zu jenem Un-
annehmbar gedrängt hatten. Es war nicht
ihre Schuld, daß dieses Unannehmbar durch
die verräterischen Maßnahmen der Un-
abhängigen und des Herrn Erzberger seine
Kraft verloren hatte. Sie hatten deshalb das gute
Recht, die Verantwortung für diesen Frieden abzulehnen.
Das haben die Deutsch-Demokraten in der
Nationalversammlung getan und das hat die Billigung des
Parteitages gefunden.

Einmütig war freilich der Parteitag auch in der Ueber-
zeugung, daß die Verantwortung für diesen jammervollen
Frieden nicht so sehr auf diejenigen lastet, die ihn schließlich
unterzeichnet haben, als vielmehr auf denen, die mit ihrer
schicksaligen Gewaltpolitik Deutschland aus einem erfolg-
reichen Verteidigungskrieg in einen unglück-
lichen Eroberungskrieg getrieben haben. Das sind
dieselben Kreise, die jetzt die Not und die Niederlage
unseres Volkes zu ihren Parteiducken mißbrauchen
mühten und deren politische Weisheit sich erst jetzt in der
Schmach nach den Zuständen und staatlichen Einrichtungen,
die uns an den Abgrund geführt haben, vor dem wir jetzt
stehen.

Demgegenüber soll die Politik der Demokraten neu aus-
bauend sein. Nicht mit dem alten Glauben an die Gewalt,
nicht mit dem giftigen Säbelgerassel, das schon verdrängt
genug war in einer Zeit, als wir noch Macht hatten, und
doppelt tödlich ist und furchtbar zugleich in dieser Zeit deutscher
Machtlosigkeit, können wir wieder zu der Stellung kommen,
die Deutschland im Rate der Völker gebührt. Die deutsche
autonome Politik wird von Grund aus
neue Bahnen einschlagen. Recht und Gerechtigkeit
für alle, das sind die Waffen, mit denen wir in der Welt
durchsetzen wollen, und ihnen, klar und unmissverständlich an-
gewandt, der Sieg sicher ist. Mit welchem Glauben man
auch noch unsere Gegner erziehen in ihrem Ungehör, in dem
das Ergebnis jahrzehntelanger Widerstandes der Gewalt in
seiner ganzen Schwere vor uns steht!

und was wir wenig und übertrieben wie in der inneren Politik so auch im Völkerrecht als die obersten Grundzüge erkennen, deshalb haben gerade wir Deutschen Demokraten uns nicht die beifälligen Erörterungen politischer vor allem das Recht, diesen elenden Frieden von Versailles als einen abgütigen zu bezeichnen. Wir werden nicht ruhen, bis die größte Unrecht der Weltgeschichte eine Gerechtigkeit erreicht, die nicht diejenige des Siegers, sondern der Menschheit ist. Dieser Kampf ums Recht aber wird nicht geführt werden durch Schüring immer neuer Brände, deren jeder schon mit dem Tode von Millionen Weibern und Frauen beladen ist. Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, in der Welt voranzuschreiten in alle dem, was der Gemeinwohl der Nationen neue und hohe Ziele geben kann und die Gewalt als Schiedsrichter unter den Völkern ausschließt.

Der Gedanke des Völkerbundes, mag er im Augenblick an unsere Kinder noch so sehr mißbraucht und entstellt werden, wird nach dieser Prüfung ohnegleichen, die die Welt durchgemacht hat, nicht wieder zur Ruhe kommen und es wird unsere Mission sein, ihn zu vertiefen und zu vertiefen, bis er sich durchringt in einem Bundesfreier und gleichberechtigter Völker, in dem auch Deutschland sein Recht wird. Das ist der Augenblick, auf den wir alle hoffen und den wir deshalb unerbittlich und mit der größten Entschlossenheit erstreben müssen. Das ist aber auch, wie die zahlreichen hindrucksvollen Kumbungen auf dem Parteitag ergeben haben, der Weg, auf dem unsere Brüder in Ost, West und Süd, die jetzt die Folgen jeder großprederischen Herausforderung zu spüren haben, allein die Rettung aus ihrer Not erwarten. Ihre Hoffnung gilt daher der Deutschen demokratischen Partei.

Ueber

den Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes.

wird von zukünftiger Stelle mitgeteilt: Der Nationalversammlung geht gleichzeitig mit dem Entwurf über das Reichsnotopfer der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes zu, das am 1. Januar 1920 in Kraft treten und gleichzeitig das Umsatzsteuergesetz vom 26. Juni 1918 außer Wirksamkeit setzen soll. Die Umsatzsteuer ist, wie mit aller Deutlichkeit ausgeprochen werden muß, eine Verbrauchssteuer höchsten Rangs, die freilich eine Verteilung der auf den einzelnen entfallenden Steuerlast auf die ungleiche Kleinheit, wobei die Steuern im allgemeinen dem Steuerträger kaum sichtbar werden sollen. Aber wenn auch die Belastung für den einzelnen Verbraucher schärfer in Erscheinung treten würde, so muß es doch jedem, der mit vollem Ernst die finanzielle Lage des Reiches betrachtet, klar sein, daß es schlechterdings unmöglich ist, den Finanzbedarf des Reiches lediglich durch Belastungen von Vermögen und Einkommen aufzubringen. Die direkte Besteuerung wird durch die vorliegenden dem kommenden Steuersteuergesetz bis auf das höchstmögliche Maß gesteigert, gleichwohl würde ein Milliardenbedarf im Reichsbudget verbleiben, wenn nicht auch der Verbraucher mit zur Deckung der Ausgaben des Reiches herangezogen würde. Das Wort des vorerwähnten Reichsministers der Finanzen, daß wir nicht die Besteuerung des Einkommens, sondern die der Verbrauchsteuer aufzubringen, ist es möglich ist, die erforderlichen Steuern aufzubringen, sondern daß nur von einem gebietlichen Maß anzugehen ist, trifft ganz besonders auf die Umsatzsteuer zu.

Die gleichmäßige Belastung aller Bedürfnisse mit einer auf den Verbraucher abgeduldeten Steuer erfordert einen Ausgleich, der die Leistung und Steuerfähigkeit des einzelnen berücksichtigt. Diesem Gedanken ist auch in der vorgeschlagenen Verteilung des Umsatzes Rechnung getragen. Ein Umsatz dazu ist bereits in dem bestehenden Umsatzsteuergesetz in seinem Abschnitt über die Verbrauchssteuer vorhanden. Der vorliegende Entwurf vertritt die weitestgehende Lösung der Forderung, daß nicht nur ausgeprägter Luxus, sondern jeder entbehrliche Verbrauch vorbelastet werden soll.

Der Entwurf vertritt die folgenden Aufgaben:

1. Die notwendige Umarbeitung der Vorschriften des alten Umsatzsteuergesetzes.
2. Die Ausgestaltung der allgemeinen Umsätze durch Erhöhung des Steuerfußes bei dem Umsatz, mit dem der Gegenstand aus dem Zirkulationsprozeß verschwindet.
3. Die Verlegung der bisherigen Luxussteuer in den Umsatz von Herstellern an einen Abnehmer, gleichviel ob dieser ein Wiederverkäufer oder ein letzter Verbraucher ist, und der Ausbau der Luxussteuer zu einem inneren Zolltarif für alle Gegenstände, die über die notwendigen Bedürfnisse hinausgehen.
4. Die Zusammenfassung der Luxusgegenstände, für die die Erhebung in der zu B) angegebenen Form sich nicht empfiehlt, zu einer Kleinhandelssteuer in der Art der bisherigen Luxussteuer.
5. Die Vorbelastung gewisser Leistungen, die nicht Lieferungen sind, aber ihrer Art nach eine höhere Belastung als 1 von 100 verlangen.

Die Umarbeitung von 1. erhöht den bisherigen Satz der Umsatzsteuer von 0,5 auf 1 von 100. Die Ausbaur wird an sich frei bleiben, gleichwohl kommt der denselben Probanden gegenüber den ausländischen Wettbewerbern in Plastik, Metall, Eisen, Holz, Glas, Porzellan, Zwischenfabrikaten, Maschinen usw. lastet, die zur Herstellung des Auszubringenden erforderlich sind. Es mußte schon insofern wie überhaupt mit Rücksicht darauf, daß die Steuer sich bei der Anzahl der Umsätze, die ein Gegenstand durchläuft, vermindert, dafür gesorgt werden, daß der Steuerfuß sich in erträglichen Grenzen hält. Andererseits zwingt die Finanzlage des Reiches den Satz so hoch zu bemessen, wie es nur irgend angänglich erscheint.

Abgesehen von der Erhöhung des Steuerfußes bringt die Umarbeitung Bestimmungen, die den Grundgedanken der Umsatzsteuer mit größerer Klarheit als in bisherigen Umsatzsteuergesetz hervorheben lassen. In dieser Richtung wirkt auch die Erhebung von zwei Vorschriften, die sich im alten Umsatzsteuergesetz befinden; der § 7 des alten Umsatzsteuergesetzes, der die Zwischenbesteuerung bei gemischten Betrieben vorsieht und der § 8 Nr. 3, der sich für die Vereinfachung kleinerer Unternehmer (bis 3000 Mark Umsatz) auspricht, sind geändert worden.



Ein moderner Gestalt hat die französische Akademie zur der Rheinbrücke in Ludwigshafen, die jeder Deutsche grüßen muss.

Der § 7, der übrigens erst ein Jahr nach Friedensschluß in Kraft treten sollte, hat sich schon vor seiner Einführung als unannehmbar erwiesen, weil es unmöglich ist, in gerechter Weise den Begriff „gemischter Betrieb“ auszulegen. Die Vereinfachung kleinerer Betriebe von der Umsatzsteuer war seinerzeit hauptsächlich aus steuerrechtlichen Gründen in das Gesetz aufgenommen worden. Man wollte sich die Veranlagung kleinerer Betriebe sparen. Dieser Gedanke erweist sich aber als nicht stichhaltig, weil doch jeder Betrieb daraufhin geprüft werden müßte, ob die Vereinfachungsvoraussetzung gegeben ist oder nicht.

Neben der höheren Belastung aller in unbestimmter Anzahl sich wiederholender Umsätze (Aufgabe A) eine einmahlige Mehrbelastung des letzten Umsatzes vorgesehen. Die Steuer erhöht sich nämlich auf 5 von 100 des Entgelts bei der im Kleinhandel erfolgenden Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Es soll dadurch Ware in dem Augenblick, in dem sie ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt wird, noch eine letzte im Interesse der Geldhaltung der Reichsfinanzen notwendige stärkere Belastung erfahren. Wirtschaftliche Bedenken hiergegen werden insofern heilen, wenn auch der letzte Umsatz solcher Gegenstände getroffen werden würde, die von Gewerbe und Industrie gekauft werden, um vom letzten Käufer in Produktionsprozeß verwendet zu werden. Es ergibt sich die Notwendigkeit, von einer Besteuerung des industriellen Bedarfs, auch wenn es sich um einen letzten Umsatz handelt, abzusehen.

Dagegen muß sich die Kleinhandelssteuer, wenn sie einen ausreichenden Ertrag liefern soll, auch auf Lebensmittel erstrecken. Etwa die Hälfte des Gesamtverbrauchs des deutschen Volkes entfällt nämlich auf Lebensmittel. Wollte man sie aus der Besteuerung herausnehmen, wäre die Kleinhandelssteuer ihres wesentlichen Zweckes beraubt. Zufolglich wird auch die Besteuerung der Lebensmittel durch die Kleinhandelssteuer bei den Massenartikeln wie Brot, Kartoffeln, Gemüse usw. für den einzelnen Verbraucher kaum sichtbar werden.

Der Verbrauch bei der Errichtung von Bauwerken steht dem gewerblichen Verbrauch sehr nahe. Er wird von der Belastung freigelassen, zumal, da die Einbeziehung der Baumaterialien große Schwierigkeiten in der Abgrenzung gegen sonstigen gewerblichen Bedarf ergeben würde, denn Holz, Sägefabrikate, Beton usw. werden nicht nur zum Hausbau, sondern auch im gewerblichen Produktionsprozeß gebraucht.

Die Kleinhandelssteuer, die eine Belastung des Massenverbrauchs. Die soziale Gerechtigkeit erfordert es, daß die besser bemittelten Klassen durch die Umsatzbesteuerung härter getroffen werden. Es wird insofern diesen einen wichtigen Ertrag zu erzielen, 2. die Umsatzsteuer für den Handelserwerb möglichst etwas zu erhöhen. Der Kreis der hochbesteuerten Waren ist, dem ersten Erfordernis zu genügen, möglichst weit gezogen worden und zu Gunsten des zweiten Erfordernisses die Erhebung der Steuer in die Fabrik zurückverlegt worden, das heißt die Steuer wird erhoben, wenn der Gegenstand die Fabrik verläßt. Um welche Waren es sich bei dieser Luxussteuer (Aufgabe B) handelt, ergibt sich aus einer Sonderaufstellung, die ein Teil des Gesetzes werden soll. In dieser Aufstellung findet man u. a. Goldgläser, Waren aus Tafelglas, Gegenstände aus Porzellan oder anderem Ton, Gegenstände aus Eisenblech, Gegenstände aus Leder, Gegenstände aus Kunstleder, Möbel, Waren, Spezialbiere, Bekleidungsgegenstände, Spielzeugen usw.

Diese Gegenstände sind nicht etwa sämtlich unterchiedlich erhöht besteuert, sondern als Kennzeichen dienen äußerliche Merkmale, z. B. bei Glas und Möbeln. Das Entscheidende aber spielt die Abgrenzung nach Preisen; mit der näheren Ausgestaltung nach

Mindestpreisen muß vorläufig getarnt werden, bis einigermaßen geordnete Verhältnisse und damit eine gewisse Festigkeit der Preise gegeben ist. Nicht bei allen Waren ist die Rückverlegung der Steuer zum Hersteller möglich. Es bleibt ein kleiner Kreis von Gegenständen u. a. Gegenstände des Juweliergewerbes in Verbindung mit Edelmetallen, Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik, Antiquitäten, Veranlagungs- und Sportfahrzeuge, Billards, Reits- und Kampfpferde, bei denen die Besteuerung in der letzten Hand erfolgen muß (Aufgabe C). Es sind dies Gegenstände, bei denen werden der Kunst oder bei denen der Hersteller und der letzte Verkäufer meist dieselbe Person ist wie bei Blumen und Feinartikeln; Edelmetallen sind hier nicht untergebracht, weil der Juwelier große Kapitalien anlegen muß und diese Anlage ihm nicht schon von vorher mit 10 v. S. belastet werden soll. Dazu kommt, daß der Edelmetallwert Ausschwanmungen ausgesetzt ist und die Verluste, die der Juwelier hierdurch treffen können, nicht noch durch die Steuer verhärtet werden dürfen. Die erhöhte Umsatzsteuer auf die Lieferung von Luxusgegenständen im Kleinhandel beträgt 15 v. S.

Die bisher erwähnten Vorbelastungen beziehen sich nur auf Lieferungen.

Die Besteuerung — soweit sie nicht als Versteigerung den reinen Lieferungen gleichsteht — unterliegen grundsätzlich nur der Steuer von 1 v. S. Hiervon ist aber in dem vorliegenden Gesetzentwurf (Aufgabe zu 5) eine Reihe von Ausnahmen gemacht, in dem gewisse Leistungen unter 10prozentige Steuer gestellt werden sollen. Hierzu gehört die Uebernahme von Anleihen, wie die Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privatheimen zu vorübergehendem Aufenthalt, wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 2 Mfr. oder mehr beträgt, und schließlich die Ausbezahlung von Geld, Wertpapieren, Geldwert an.

Die Schätzung des Ertrages der neuen Umsatzsteuer ist mit einer Sicherheit kaum zu geben. Sie kann nur für einen Beharrungszustand veranschlagt werden, das deutsche Wirtschaftswesen hinsichtlich in einiger Zeit erreichen wird, nicht aber für die unklaren und unsicheren Verhältnisse der Gegenwart. Dies vorausgesetzt geht die Ertragschätzung für die allgemeine Umsatzsteuer von einem Umsatz von 195 Milliarden Mfr. aus und kommt mithin bei einem Steuerfuß von 1 v. S. zu einem Ergebnis von 1950 Millionen Mark. Die Kleinhandelssteuer mit 5 v. S. soll ein Aufkommen von 2000 Millionen Mark erreichen. Für die 10prozentige Handelssteuer und die 10prozentige Steuer auf Leistungen bestimmter Art wird das Ergebnis mit 1500 Millionen Mark geschätzt. Man mag danach das gesamte Aufkommen auf etwa 3 1/2 Milliarden Mark annehmen, und wenn man ein Viertel wegen der Gebietsabtretung absetzt, mit 2 1/2 Milliarden Mark.

Immer wieder Erzberger.

Erzberger gegen die Rücksichten auf Humanität.

Ein weiterer Beitrag, der sogar den Beweis erbringt, daß Erzberger unter den Kriegshelden zu finden ist, bringt die „Post“, die folgendes Schreiben des Herrn Erzberger aus dem Jahre 1914 an den damaligen Kriegsminister von Falkenhayn veröffentlicht:

Berlin, 17. September 1914. Seine Excellenz, den Herrn Kriegsminister von Falkenhayn, Großes Hauptquartier.

Eure Excellenz gefallt, daß ich in der Anlage eine Denkschrift über den kriegsrechtlichen Flammenwerfer unterbreite. Die Materie selbst ist ja Ihrer Excellenz bekannt und ich halte den weiteren Vorschlag, die neue Erfindung auch durch die Aufsicht zu verwenden, für einen sehr glücklichen. Die Bedenken wegen etwaiger Verletzung des Völkerrechts und Rücksichten auf Humanität, für die man in Friedenszeiten in den Besitz eines Verfalls haben muß, müssen meines Erachtens in der jetzigen Zeit der Kriegführung, besonders angesichts des Verhaltens unserer Gegner, völlig in den Hintergrund treten. Wir müßten den Sieg auch über England erringen, ich halte gerade die Anwendung dieses Mittels als einen ganz erheblichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

Euer Excellenz ergebener Erzberger, M. D.

Wie die „Post“ nun zuständiger Stelle noch erzählt, ist das Ministerium Erzbergers, ohne Rücksicht von Völkerrecht und Humanität den Krieg zu führen, leidend der Obersten Deeresleitung auf das bestimmteste abgelehnt worden.

Interessant ist folgende Randbemerkung, die damals ein höherer Offizier im Kriegsministerium auf das Schreiben Erzbergers setzte. Es lautete nämlich wörtlich: „Matthias! Wenn Du das man nicht später bereuht!“

Zu den neuen Enthüllungen in Weimar.

Es ist die „Berliner Volkszeitung“. Die Regierung ging mit den Ausflüchten der Kriegsschuldigen ins Gericht, die ihre Erklärungen, Entschuldigungen und Antworten bereits zu einer Literatur haben anshwellen lassen. Es war Herr Erzberger ein seltsames, auf dem Boden der neuen Tatsachen seine Angriffe zu verhehlen.

„Der Vorwärts“ sagt: Die Abrechnung geht weiter. Die Regierung hat genügend Material zu veröffentlichen. In der nächsten Woche werden die Aktenstücke durch Druck bekanntgegeben werden, die sich auf die Vorgeschichte des Waffenstillstandes beziehen und danach wird das übrige Material folgen.

In der „Volks-Ztg.“ heißt es dagegen: Der springende Punkt ist doch, ob auch die weitestgehenden Erklärungen über Belgien zu einem wirklichen Frieden geführt hätten. Dafür bietet der englische Brief nicht den mindesten Anhalt.

Auch der „Volks-Ztg.“ beschäftigt sich mit der Frage, wie der sogenannte Friedensführer tatsächlich ausseh. Er verlangte nicht weniger als die Abgabe von Elsaß-Lothringen,

Beste Unterhaltung

Zeit dieser ernsten Heim ein trichterloses Grammophon mit seiner naturgetreuen Wiedergabe von Musik und Gesang sowie Vorzüge jeder Art. Keine störenden Nebengeräusche wie beim Trichterapparat. Gehäuse geschmackvoll für jede Einrichtung passend in größter Auswahl bei äußersten Preisen.

Halle, Gustav Uhlig, Uhren und Musikwerke, Untere Leipziger Str. V 53/4